

Menschenrechte und Demokratie in der Welt

Im Rahmen der Plenartagung im Januar 2021 soll das Europäische Parlament den EU-Jahresbericht über Menschenrechte und Demokratie in der Welt erörtern. Im jüngsten Jahresbericht, der im Juni 2020 vom Rat angenommen wurde, wird die führende Rolle der EU bei der Förderung der Menschenrechte und der Demokratie im Jahr 2019 vor dem Hintergrund negativer Entwicklungen weltweit hervorgehoben. Der Bericht des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten des Europäischen Parlaments trägt jüngeren Entwicklungen wie den Auswirkungen des Coronavirus Rechnung. In dem Bericht wird darauf hingewiesen, dass die Reaktion auf die Pandemie einen Rückgang der Einhaltung der demokratischen und menschenrechtlichen Normen in einigen Ländern zur Folge hatte. Das Parlament soll auf der Grundlage dieses Berichts Empfehlungen für künftige Maßnahmen der EU zur Förderung der Menschenrechte und der Demokratie abgeben.

Hintergrund

Der Rat der EU hat am 15. Juni 2020 den [EU-Jahresbericht 2019 über Menschenrechte und Demokratie in der Welt](#) gebilligt. In dem Bericht wird [festgestellt](#), dass die Menschenrechte und die Demokratie im Jahr 2019 in mehreren Ländern und auf multilateraler Ebene zunehmend infrage gestellt wurden. Dieser Bericht ist der letzte Bericht im Rahmen des [EU-Aktionsplans](#) für Menschenrechte und Demokratie 2015-2019. Der Rat hat am 19. November 2020 den [EU-Aktionsplan für Menschenrechte und Demokratie 2020–2024](#) und am 7. Dezember 2020 eine [globale Sanktionsregelung der EU im Bereich der Menschenrechte](#) angenommen.

Standpunkt des Europäischen Parlaments

Der Unterausschuss Menschenrechte (DROI) des Parlaments verfasste einen Bericht für den Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten (AFET), um die Aussprache im Plenum über den EU-Jahresbericht vorzubereiten. Während der Schwerpunkt des Berichts auf der Lage im Jahr 2019 liegt, werden im [Bericht](#) von AFET/DROI, der am 3. Dezember angenommen wurde, zudem die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie im Jahr 2020 hervorgehoben. Im Bericht wird davor gewarnt, dass die Maßnahmen für die wirtschaftliche Erholung die Anforderungen hinsichtlich der sozialen Rechte und des Umweltschutzes herabsetzen könnten. Darin wird hervorgehoben, dass die Ausgangsbeschränkungen und weitere einschränkende Maßnahmen von einigen Regierungen als Vorwand genutzt wurden, um [Wahlen](#) zu verschieben, die [Grundfreiheiten einzuschränken](#) und gegen Menschenrechtsverteidiger und Oppositionelle vorzugehen. Des Weiteren wird darin Besorgnis über die Nutzung datenbasierter digitaler Instrumente in diesem Zusammenhang geäußert. Die Pandemie hat ferner zu mehr Hetze, Diskriminierung und Gewalt gegen ethnische oder religiöse Minderheiten, Frauen, Kinder und LGBTI-Personen geführt.

In dem Bericht wird hervorgehoben, dass der Klimawandel und die Zerstörung der Umwelt wie etwa die Entwaldung im [Amazonasgebiet](#) eine Bedrohung für die Menschenrechte darstellen, da sie zu einer Zunahme des weltweiten Hungers, zu Konflikten um Wasserressourcen sowie zu Vertreibung führen. [Umweltschützer](#) sind darüber hinaus zunehmend Angriffen ausgesetzt. Während die Zahl der internationalen Migranten und Flüchtlinge im Jahr 2019 3,5 % der Weltbevölkerung ausmachte, werden in dem Bericht die unverhältnismäßigen Auswirkungen des Coronavirus auf diese Gruppe betont; ferner werden darin Maßnahmen angeprangert, die sich nachteilig auf die [Menschenrechte von Flüchtlingen](#), [Migranten](#) und [denen, die sie unterstützen](#), auswirken, angeprangert. In dem Bericht werden die Bestrebungen der Bürger, insbesondere der jungen Menschen, mit Blick auf die Menschenrechte als positiv bewertet und das Engagement der EU auf internationaler Ebene, insbesondere anlässlich des 30. Jahrestags des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die [Rechte des Kindes](#) begrüßt. Darin wird gefordert, Flüchtlinge und Menschenrechtsverteidiger stärker zu schützen, und die EU wird nachdrücklich aufgefordert, jegliche Gegenreaktionen, insbesondere im Bereich der Rechte von Frauen und LGBTI-Personen, zu verurteilen, wie dies auch in der Stellungnahme des [Ausschusses für die Rechte der Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter des Parlaments](#) hervorgehoben wurde. Die EU wird aufgefordert,

Menschenrechte und demokratische Standards in all ihre Politikbereiche einzubinden und sie zu überwachen, insbesondere in internationalen Abkommen.

Im Hinblick auf die Umsetzung des Aktionsplans für Menschenrechte und Demokratie 2020–2024 wird in dem Bericht mit Nachdruck gefordert, dass der Europäische Auswärtige Dienst, die Kommission und das Parlament einen strukturierten Dialog zu Folgemaßnahmen aufnehmen. Dies würde eine bessere parlamentarische Diplomatie und Kontrolle ermöglichen.

Initiativbericht: [2020/2208\(INI\)](#); federführender Ausschuss: AFET; Berichterstatlerin: Isabel Santos (S&D, Portugal).

